ProSenior Bern – Medienmitteilung
Bern, 15. Mai 2025

Wege zur Attraktivierung des Lebensraums für alte Menschen

Selbstbestimmtes Wohnen im Alter: An der Pro-Senior-Tagung in Bern erläutern Fachleute Planungsgrundsätze und Voraussetzungen.

Wohnen gewinnt im Alter an Bedeutung: Menschen mit kleinem Aktionsradius und Bedürfnis für selbstbestimmtes Wohnen bevorzugen kleine, alterstaugliche Wohnungen. Ebenso bedeutsam sind sichere Aussenräume mit intakter Nahversorgung, Begegnungs- und Verweilzonen.

Vielleicht wohnt jemand in einer 4-Zimmer-Wohnung oder in einem grossen Eigenheim. Die Kinder sind längst ausgezogen; die eigenen vier Wände erweisen sich plötzlich als zu gross und untauglich im Alltag. Die Moderatorin der Pro-Senior-Fachtagung in Bern, Christine Hubacher, beschreibt die missliche Situation, mit der sich viele Hochbetagte konfrontiert sehen: «Dann sehen sie sich um nach einer kleineren Wohnung und stellen fest, dass es dieses geeignete neue Heim gar nicht gibt.» Weil der Mietpreis unbezahlbar oder der Ort abgelegen ist. Vielen bleibt dann nur noch der letzte, wenig beliebte Weg ins Pflegeheim.
Doch es gibt Alternativen. Diese erfordern langfristige Planung, Fachwissen und Kooperation mit Behörden, Institutionen, Bauträgern und privaten Grundeigentümern. Rund hundert Anwesende und online Zugeschaltete verfolgen an der Fachtagung von Pro Senior Bern die Ausführungen zum Thema «Lebensraum Alter: Gemeinsam Perspektiven schaffen».

Ohne Partizipation gehts nicht
Fanny Andermatt, dipl. Ing. FH Raumplanung, ist Expertin für altersgerechte Planung und Projektleiterin bei der Firma Kontextplan. Sie kennt die wichtigen Planungsgrundsätze: «Zu Beginn sollte immer ein partizipatives Verfahren mit der betroffenen Bevölkerung stehen, um die Angebotslücken zu identifizieren, Zielvorstellungen zu entwickeln und Lösungen zu finden.» Seniorinnen und Senioren seien jedoch keine homogene Gruppe. Andermatt: «Einige bevorzugen die klassische Alterswohnung, andere wiederum sehen im Mehrgenerationenwohnen einen geeigneten Wohnraum für sich und wieder andere ziehen eine Form des betreuten Wohnens vor.» Nebst der Schaffung eines adäquaten Wohnangebots ist die Qualität des öffentlichen Raums inklusive Wohnumfeld entscheidend für das selbstbestimmte Leben im Alter. Besonderes Augenmerk ist laut Andermatt auf sichere Wege durch gute Beleuchtung, geeignete Bodenbeläge und Belebung zu legen. Wege müssten in regelmässigen Abständen Orte für Ruhepausen bieten in Form von altersgerechten Sitzbänken.

Mobilität für alle
Strassenräume müssen sicher sein. Meistens sind sie laut Andermatt zu stark auf den motorisierten Verkehr ausgerichtet. Deshalb gilt: Weniger Raum für Autos, mehr Raum für Menschen. Als Beispiel erwähnt Andermatt die Ortsdurchfahrt Köniz. 2005 wurde diese stark befahrene Verkehrsachse umgestaltet, seither gilt dort Tempo 30 und das Koexistenzprinzip. Zu Fuss Gehende haben zwar keinen Vortritt, treten jedoch als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmende auf. Es gibt keine Zebrastreifen, aber eine Sicherheitszone in der Strassenmitte. So gelingt es auch älteren Menschen, die Strasse zu queren, da die gegenseitige Rücksichtnahme hoch ist. Diese ist auch in Begegnungszonen mit Tempo 20 gefragt, denn auch hier können sich ältere Menschen unsicher fühlen. Andermatt weist darauf hin, dass visuelle Mittel, zum Beispiel eine Wasserrinne oder ein Belagswechsel, den Gehbereich optisch abtrennen und das Sicherheitsempfinden erhöhen.

Intakte Nahversorgung und Sozialräume
Zum altersgerechten, selbstbestimmten Wohnen gehört auch eine intakte Nahversorgung mit Einkaufs-, Dienstleistungs- und Freizeitangeboten. Ortszentren gelten als wichtige Sozialräume, sind aber enormem Druck ausgesetzt. Gemeinden, Institutionen, Vereine, Eigentümerschaften und Genossenschaften stehen in der Verantwortung, dass Ortszentren funktionieren. «Austausch und Kontakte im nahen Wohnumfeld sind entscheidend für die Selbstständigkeit, das Selbstwertgefühl und die Lebensqualität der Menschen.» Eine gute Übersicht über Best Practice bietet die Age-Stiftung, die auch Fördermittel spricht für entsprechende Planungsvorhaben.
Gemeinden sollen ihre Handlungsmöglichkeiten bei der Altersraumplanung ausschöpfen, so Andermatt, zum Beispiel durch aktive Bodenpolitik, Erlass von Sondernutzungsplänen und Abschöpfung von Mehrwerten, durch Kooperation mit Bauträgern wie Genossenschaften, Stiftungen oder Privaten. So gelinge auch der Aufbau eines Laden- oder Gastronomieangebots.
Die Standortqualität, definiert anhand von partizipativ erarbeiteten Kriterien, und kurze Wege sind für die Schaffung eines vielfältigen Wohnangebots entscheidend. Die Erfüllung des Behindertengleichstellungsgesetzes allein garantiert jedoch noch keine Altersgerechtigkeit. Der Mietpreis muss bezahlbar sein. Mitentscheidender Faktor ist der Landpreis, denn, so Andermatt: «Der zu hohe Landpreis macht den Bauherrn zum Sklaven und Bewohnende zu Verlierern auf dem Wohnungsmarkt.»

Digitales Bildungsangebot für Altersbeauftragte
Mobaka ist ein neues, mobiles Bildungsangebot für Akteurinnen und Akteure der kommunalen Altersarbeit. Ab Ende 2026 soll es Interessierten zur Verfügung stehen, ausschliesslich online. Künftig sollen auch Informationen über Bildungsveranstaltungen im Kanton Bern aufgeschaltet werden. Träger sind das Institut Alter der Berner Fachhochschule, Pro Senectute und Pro Senior Bern. Die Age-Stiftung leistet einen namhaften Startbeitrag.
Projektleiter Jonathan Bennett von der Berner Fachhochschule nennt konkrete Anwendungsbeispiele wie die Weiterentwicklung von Leitbildern oder Konzepten zur Bewegungsförderung. Entwickelt werden die Angebote zusammen mit Nutzerinnen und Nutzern. Bereits liegt laut Bennet ein Prototyp für die Testphase vor.
Sandra Hofer Sanchez von Pro Senectute appelliert an die Alters-Verantwortlichen in den Gemeinden: «Wir sind auf ihre Mithilfe angewiesen.»
Elisabeth Striffeler von Pro Senior Bern betont: «Der Bedarf an Wissen ist hoch.» Es gebe derzeit einen Generationenwechsel bei Seniorenräten, der neue Inputs erfordere.

Die Post hilft bei digitalem Analphabetismus
Für neue, innovative Ansätze bei der Planung von Poststellen plädiert Pascal Wiget, Verantwortlicher für Geschäftsentwicklung im Behördenmarkt bei Post Schweiz Netz AG. «Damit Postfilialen mit eigenem Personal erhalten bleiben, braucht es neue, relevante Angebote mit Mehrwert für die Bevölkerung.» Hierbei sei die Post auf eine gute Zusammenarbeit mit lokalen Behörden angewiesen. Dem Grundsatz folgend: «Nicht Konkurrenz, sondern Kooperation.» In der fortschreitenden und schnellen technischen Entwicklung der Digitalisierung, bei der viele ältere Menschen nicht mitkommen, ortet Wiget Handlungsbedarf: «Die Post kann niederschwellige Hilfeleistungen und Unterstützung bei digitalen Services bieten.» Als Beispiele nennt Wiget Unterstützungsangebote wie Hilfe beim Login oder Anmeldeverfahren auf Behördenplattformen, niederschwellige Beratung bei digitalen Fragestellungen wie etwa der Nutzung von SBB-Applikationen sowie eine Anlaufstelle für Themen rund um digitale Teilhabe. Der Auftrag der Post – von digitaler Unterstützung bis zu persönlichen, niederschwelligen Beratungen – lasse sich laut Wiget weiterentwickeln und gemeinsam gestalten. Wiget betont: «Die Post gehört uns allen.» Sie müsse den vorhandenen Vertrauensbonus in der Bevölkerung aktiv nutzen.

Vage Angaben über die Kosten
Das Publikum möchte wissen, welche Kosten auf die Nutzerinnen und Nutzer solcher Dienstleistungen zukommen. Wigets Antwort bleibt im Allgemeinen: «Wichtig ist, dass die Grundkosten gedeckt sind.» Die Post habe vorerst eine grobe Berechnungsgrundlage erstellt – basierend auf einem typischen Dienstleistungsangebot. Dabei hat sie folgenden Grundsatz definiert: Wenn der Nutzen der Dienstleistung lediglich einer Einzelperson hilft, zum Beispiel wenn sie aus Bequemlichkeit handelt, dann soll sie selbst den Kostenanteil tragen. Handelt es sich hingegen um eine Dienstleistung im Sinne der öffentlichen Grundversorgung oder der Förderung von Chancengleichheit, soll der Standortkanton oder die Gemeinde die Kosten tragen. Genaue Zahlen will Wiget nicht bekannt geben. Im Publikum werden Alternativen genannt, die es bereits gibt und die ebenfalls Hilfe bei digitalen Problemen anbieten: Quartierzentren oder Digitalcafés. Ihnen fehlen dann hingehen postalische Dienste wie der Brief- oder Päckliversand.

Genossenschaften als ideale Partner
David B. Fässler, ist Spezialist für die Entwicklung von Alterswohnprojekten. und Er ist Verantwortlicher Gerontologie und Immobilienstrategie beim Kompetenzzentrum Wohnen Schweiz, dem Verband von Baugenossenschaften, Dachorganisation gemeinnütziger Wohnbauträger. Fässler versteht die Schaffung von altersgerechtem Wohnraum als Verbundaufgabe: «Die steigende Zahl älterer Menschen, die selbstständig wohnen möchten, stellt Gemeinden, Städte und Kantone vor grosse Herausforderungen.» Gefragt sei nicht nur schöne Architektur, sondern funktionierender Wohnraum. Zielgruppe sind Menschen ab 80 Jahren. Betroffene möchten in ihrer Gemeinde weiterleben in einer normalen, alterstauglichen Wohnung mit hohem Mass an Selbstbestimmtheit und Individualität.
Dies zu ermöglichen, sei auch Aufgabe der öffentlichen Hand, betont Fässler. Bewährte Träger sind Genossenschaften, weil sie Mitwirkung ermöglichen und nicht unter Renditedruck stehen. Zudem profitieren sie von Finanzierungshilfen und Förderinstrumenten. Fässlers Empfehlung: Vernetzung und Zusammenarbeit mit Bauherrschaften, privaten Netzwerken und Gemeinden. Die Projektleitung müsse, mindestens zu Beginn, bei der Gemeinde liegen. Als Vorzeigebeispiel nennt Fässler das Projekt Generationenwohnen Weizacker im solothurnischen Luterbach: Zusammen mit der Bürgergemeinde und der Genossenschaft Wohnen im Alter beschloss die Gemeinde trotz zahlreichen Bedenken die Durchführung eines Projektwettbewerbs für eine Überbauung mit 80 bis 100 Wohnungen samt Gemeinschaftsraum für jüngere und ältere Menschen und Altersräumen.
In der Fragerunde stellt sich heraus, dass viele Gemeinden über kein Bauland verfügen. Da gebe es die Möglichkeit «in die Höhe zu bauen», sagt Fässler. Eine grosse Nachfrage gibt es nach kleinen funktionalen Wohnungen, der Heimeintritt dagegen ist die letzte, unbeliebte Option. Besonders ältere alleinstehende Frauen bevorzugen kleine Wohnungen.
Nebst der Gesundheit gehört das Wohnumfeld zu den Kernthemen älterer Menschen. Die Wohnung stellt für sie den räumlichen Lebensmittelpunkt dar und vermittelt Schutz und Geborgenheit. Ein vertrautes Umfeld ermöglicht Betagten das Weiterleben im gewohnten Lebensrhythmus. Finanzverantwortlichen gibt Fässler zu bedenken: «Wohnen in den eigenen vier Wänden ist, im Falle von tieferen Pflegestufen, deutlich kostengünstiger als das Leben in einem Alters- oder Pflegezentrum.»

Text: Daniel Vonlanthen

Kontakt für Rückfragen:
ProSenior Bern
Kurt Stähli
Vizepräsident
Tel. +41 79 426 78 81